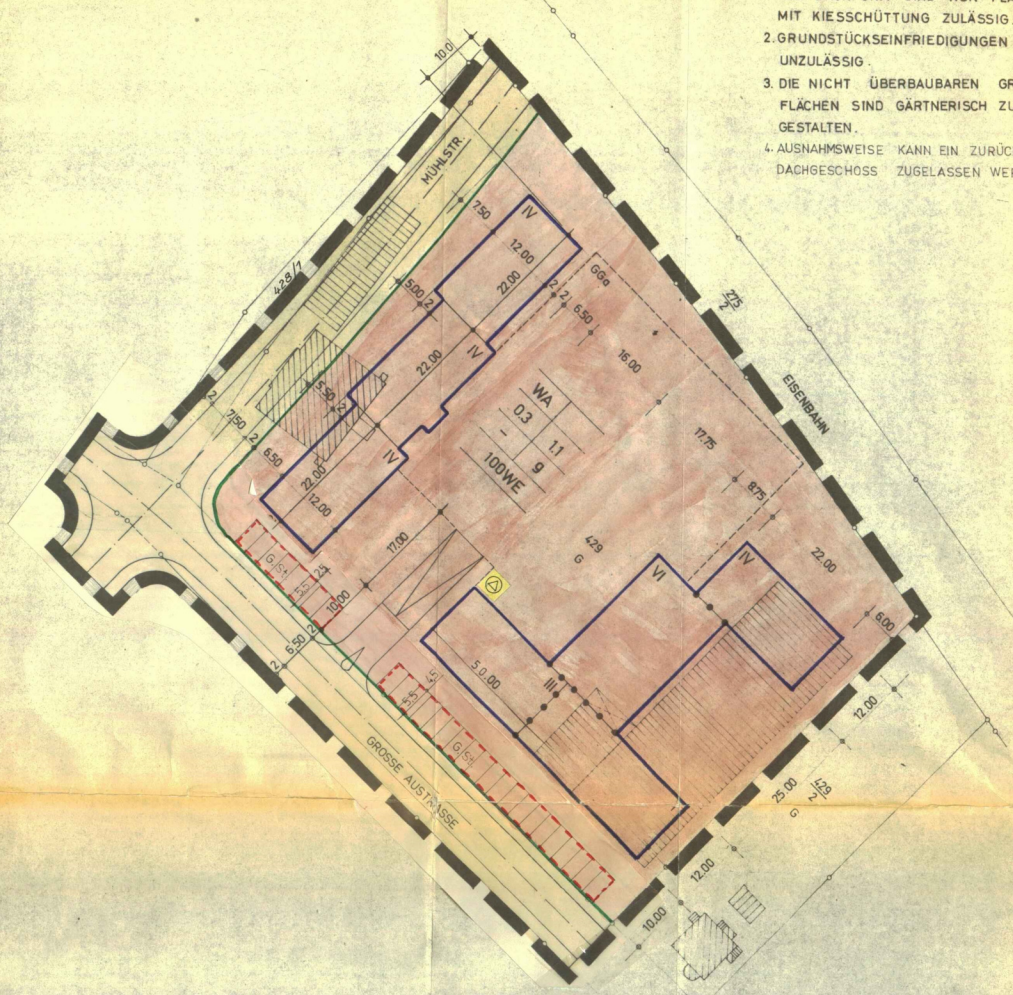


1. ALS DACHFORM SIND NUR FLACHDÄCHER MIT KIESSCHÜTTUNG ZULÄSSIG.
2. GRUNDSTÜCKSEINFRIEDIGUNGEN SIND UNZULÄSSIG.
3. DIE NICHT ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKS-FLÄCHEN SIND GÄRTNERISCH ZU GESTALTEN.
4. AUSNAHMSWEISE KANN EIN ZURÜCKGESETZTES DACHGESCHOSS ZUGELASSEN WERDEN.

Der Gemeinderat der Stadt Gaggenau hat gemäß § 2 (1) des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 am ....20.12.71..... die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen und am ..20.12.71.... dem Entwurf und dessen öffentlicher Auslegung zugestimmt.

Gaggenau, den 21.12.1971

Stadtbaudirektor

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 durch ortsübliche Bekanntmachung am 4.2.1972 in der Zeit vom 17.1. bis 17.2.1972 einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

Gaggenau, den 7.3.1972

Stadtbaudirektor

Der Gemeinderat der Stadt Gaggenau hat am ...13. März 1972... gemäß § 10 des Bundesbaugesetzes den Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

Gaggenau, den 16. März 1972

Bürgermeister

Genehmigungsvermerk der höheren Verwaltungsbehörde

Genehmigt gemäß § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23.3.1960 (BGBl. I. S. 341)

Regierungspräsidium Südbaden

Freiburg, den 12. April 1972

Siegelabdruck

Im Auftrag

Durch ortsübliche Bekanntmachung der Genehmigung und Auslegung gemäß § 12 des Bundesbaugesetzes am 20. Mai 1972... ist der Bebauungsplan rechtsverbindlich geworden.

Gaggenau, den - 8. Juni 1972

i.A.

Stadtbaudirektor

FESTSETZUNGEN:

GROSSE KREISSTADT GAGGENAU

STADTBAUAMT — **ABT.: STADTPLANUNG**

BEZEICHNUNG:

STRASSEN- UND BAULINIENPLAN
ZWISCHEN MÜHLSTR. UND GROSSE-AUSTR. UND BUNDESBAHN

ÄNDERUNG:		ÄNDERUNG:
GEZEICHNET: TA	GAGGENAU DEN	PLAN NR.: B 043–001
GEPRÜFT:	MASSTAB: 1:500	

ZEICHENERKLÄRUNG:

WR — REINES WOHNGEBIET
WA — ALLGEMEINES WOHNGEBIET
MI — MISCHGEBIET
GE — GEWERBEGEBIET
GI — INDUSTRIEGEBIET

BESTEHENDE GEBÄUDE
BESTEHENDE GRUNDSTÜCKS-GRENZEN
GEPLANTE GRUNDSTÜCKS-GRENZEN
FD FLACHDACH
SD SATTELDACH
PD PULTDACH

O OFFENE BAUWEISE
O NUR EINZEL- UND DOPPELHÄUSER ZULÄSSIG
O NUR HAUSGRUPPEN ZULÄSSIG
g GESCHLOSSENE BAUWEISE

BAUGEBIET | ZAHL D. VOLLGE
GRZ | GFZ
BMZ | BAUW
MAX ZAHL D. WE/GEBÄUDE
FÜLLSCHEMA DER NUTZUNGSSCHABLONE

BAULINIE
BAUGRENZE

FLÄCHE FÜR DEN GEMEINBEDARF
VERWALTUNGSGEBÄUDE
SCHULE
KINDERGARTEN, KINDERTAGESSTÄTTE
KIRCHE
HALLENBAD
KRANKENHAUS
THEATER
JUGENDHEIM, JUGENDHERBERGE
SCHUTZRAUM
POST
F FEUERWEHR

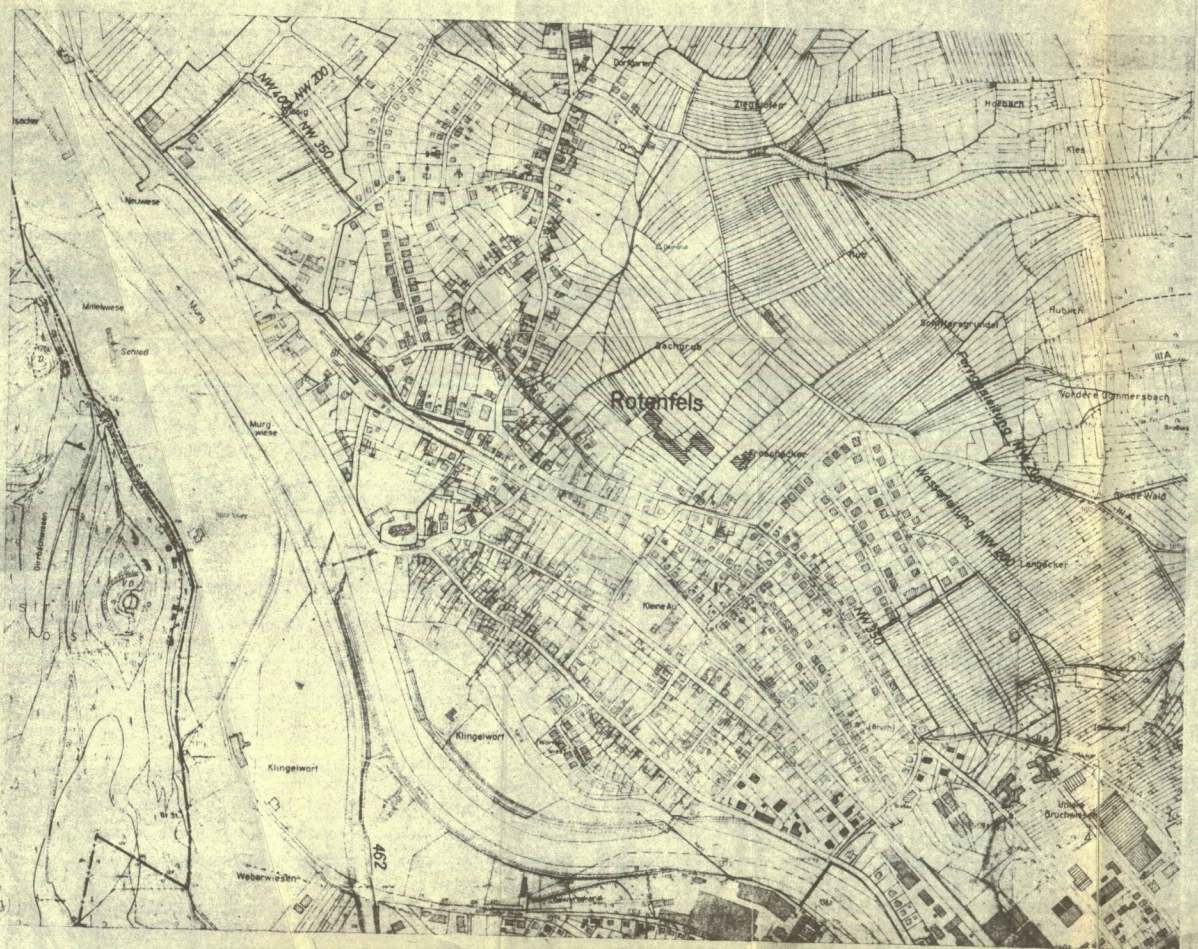
STRASSENVERKEHRSFLÄCHE
P ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHE
STRASSENBEGRENZUNGSLINIE
FLÄCHE FÜR VERSORGUNGSANLAGEN
WASSERWERK
UMFORMERSTATION
KLÄRANLAGE
GASWERK
WASSERWERK
ELEKTRIZITÄTSWERK
PUMPWERK
UMSPANNWERK
BRUNNEN
MÜLLBESEITIGUNGSANL.
FERNHEIZWERK
MIT ÖFFENTL. GEH-FAHR-UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN

GRÜNFLÄCHEN
PARKANLAGE
FRIEDHOF
ZELTPLATZ
BADEPLATZ
DAUERKLEINGÄRTEN
SPIELPLATZ
SPORTPLATZ

WASSERFLÄCHE
FLÄCHE FÜR DIE FORSTWIRTSCHAFT
FLÄCHE FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT
FLÄCHE FÜR LAND-FORSTWIRTSCHAFT

FLÄCHE FÜR STELLPLÄTZE O. GARAGEN
St STELLPLÄTZE
Ga GARAGEN
Gst GEMEINSCHAFTSTELLPLÄTZE
GGa GEMEINSCHAFTSGARAGEN

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
PLANUNGSGEBIETSGRENZE
SICHTFLÄCHEN V.D. BEB. FREIZUH. GRUNDSTÜCKE
FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN



Beglaubigung
(§ 2 Abs. 2 BauVorlVO)

Der Auszug stimmt mit dem Liegenschaftskataster überein. Der Beglaubigungsvermerk erstreckt sich nur auf den in § 2 Abs. 3 BauVorlVO festgelegten Mindestinhalt des Auszugs.

Rastatt, den 17. März 1972
Staatl. Vermessungsamt
i.A.

Oberamtsrat